

„Das Verhältnis der USA zu Europa unter Präsident Obama“

Rede von Generalkonsul Edward Alford
beim Abend der George-Marshall-Gesellschaft, 10.2.2010, Landratsamt Hofheim

Ich freue mich heute Abend bei Ihnen zu sein und zu Ihnen sprechen zu dürfen. Ich begrüße die vielfältigen Aktivitäten der Gesellschaft zur Förderung der deutsch-amerikanischen Beziehungen, inklusive der Zusammenarbeit mit Loudoun County in Virginia. Freundschaft und Kooperation auf der Grassroots-Ebene stellen ein unverzichtbares Fundament der Beziehungen zwischen unseren Ländern da, unabhängig davon, wer im Weißen Haus und im Bundeskanzleramt regiert. Umso mehr freue ich mich, dass diese Aktivitäten nun auch noch durch die neu gegründete George-Marshall-Gesellschaft gestärkt werden.

Mit der Wahl George Marshalls als Namenspatron Ihrer Gesellschaft haben Sie eine ausgezeichnete Wahl getroffen. Denn George C. Marshall ist mehr als nur eine historische Figur, die die Geschichte Europas nach dem 2. Weltkrieg maßgeblich beeinflusst hat. Sein Denken und Handeln besitzt eine ungebrochene Aktualität, über die ich nun auf Englisch kurz sprechen möchte. *(Anm.: Bis hierhin wurde die Rede auf Deutsch gehalten).*

Ohne Zweifel spielte der Marshall-Plan eine entscheidende Rolle in der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung Westeuropas nach dem Zweiten Weltkrieg. Der Plan zur Wiederbelebung der Wirtschaft, wie er offiziell bezeichnet wurde, trug zu ihrem Aufschwung bei. Es war ein so rasanter und dauerhafter Aufschwung, dass man in Deutschland vom „Wirtschaftswunder“ sprach. Der Marshall-Plan legte den Grund für die wirtschaftliche und politische Stärke in Westeuropa, die uns während des Kalten Krieges die Oberhand eintrug.

Der Marshall-Plan wurde in einer einzigartigen historischen Lage umgesetzt. Er stellt keinen Entwurf dar, der sich leicht jederzeit und an jedem Ort anwenden ließe. Das heißt jedoch nicht, dass der Marshall-Plan für uns heute nicht mehr von Bedeutung ist. Sein Vermächtnis und seine Vision sollen uns im Gegenteil angesichts neuer Herausforderungen daran erinnern, dass diese oft viel komplexer sind als diejenigen der bipolaren Ära des Kalten Krieges.

Wenn wir auf das entsetzliche Erdbeben auf Haiti schauen, sehen wir eine Naturkatastrophe. Es gibt gewaltige nationale und internationale Anstrengungen, um die unmittelbaren Auswirkungen in den Griff zu bekommen. Mit Zustimmung der haitianischen Regierung koordinieren die USA ihre Hilfsaktionen mit den Vereinten Nationen, über 30 Nationen und Hunderten von Nichtregierungsorganisationen, um schnell Nahrungsmittel und Wasser im gesamten Land zu verteilen. Das amerikanische Militär spielt hierbei eine unentbehrliche Rolle, da es durch die Bereitstellung der logistischen Kette sowie durch die Verbreitung lebensrettender Hilfsmaßnahmen diese humanitäre Anstrengung unterstützt. Zivile Hilfskräfte arbeiten rund um die Uhr, um den Hilfsbedürftigen noch schnellere und effizientere Hilfe zukommen zu lassen. Die deutsche Regierung, deutsche Nichtregierungsorganisationen und das deutsche Volk haben in großzügiger Weise zu den Hilfsmaßnahmen auf Haiti beigetragen. Alle diese Bemühungen sind lobenswert und unverzichtbar. Die Ergebnisse unserer Bemühungen werden jedoch nur von Nachhaltigkeit geprägt sein, wenn wir das Erdbeben als eine Naturkatastrophe ansehen, die eine solch tragische Dimension nur auf Grund der Armut und Unterentwicklung auf Haiti annehmen konnte.

Im größeren Rahmen müssen wir die Klimaveränderung aus einer anderen Perspektive betrachten. Letzten Monat hatte ich die Freude, mich mit Professor Adil Najam von der Universität Boston auszutauschen, dem Autor der Berichte des Zwischenstaatlichen Ausschusses für die Klimaveränderung (IPPC), des Ausschusses, dem als Gruppe der Friedensnobelpreis 2007 zuerkannt wurde. Sowohl anlässlich eines Essens in meinem Haus als auch im Rahmen einer öffentlichen Veranstaltung in der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei gab Professor Najam nicht nur eine Einschätzung der Ergebnisse der kürzlich stattgefundenen Konferenz über die Politik zum Klimawandel in Kopenhagen ab. Er unterstrich auch, dass wir die Fragen des Klimawandels als Probleme der Entwicklungsländer ansehen müssen. Wirtschaftlich und technologisch unterentwickelte Länder tragen zunehmend zur Erderwärmung bei. Sie sind diejenigen, die am wenigsten darauf vorbereitet sind, die Auswirkungen der Erderwärmung zu bewältigen.

In Staaten und Ländern wie Afghanistan und dem Irak tritt die Entwicklungsfrage als Hauptthema deutlicher zutage. Die Weltwirtschafts- und Finanzkrise hat gezeigt, dass selbst die

Industrieländer kein sicherer Hafen sind. Wir standen am Rande des Zusammenbruchs; und während einige Nationen mit riesigen Schuldenbeträgen und Haushaltsdefiziten soeben vorbeischrammten, gingen andere praktisch bankrott. Jahrzehnte finanzieller Unterstützung haben nicht die gewünschten Ergebnisse gezeitigt. Einige Kritiker wie William Easterly, den das amerikanische Konsulat neulich bei einem öffentlichen Vortrag in Frankfurt vorstellte, behaupten sogar, dass ein Großteil der finanziellen Hilfe durch die Industrieländer kontraproduktiv sei.

Ethnische Konflikte und Stammeskonflikte, unterschiedliche kulturelle Traditionen und Wertvorstellungen wie auch dysfunktionale soziale, wirtschaftliche und politische Institutionen haben Situationen hervorgebracht, die sich von denen eines Westeuropas der Nachkriegszeit unterscheiden. Das zwingt uns, uns völlig anders geartete Vorgehensweisen und Konzepte einfallen zu lassen, welche auf den Untersuchungen der besonderen Bedingungen gründen, die ihren Ursprung in einmaligen historischen Entwicklungen haben.

Die heutigen Herausforderungen sind nicht auf einen geographischen Raum beschränkt und haben Auswirkungen weit über nationale Grenzen hinaus. Was wir miterleben, ist ein weiterer Globalisierungsprozess jenseits des Bereichs globaler Systeme wie unser Klima und internationaler Handel und Finanzmärkte. Heutzutage umrunden Nachrichten über Katastrophen die Welt innerhalb von Minuten – und erfordern sofortiges Handeln und langfristige Aufmerksamkeit. Wir sind, wie Präsident Obama sagt, Zeugen des Beginns einer neuen Ära in der internationalen Politik wegen der Beschaffenheit der Herausforderungen, denen wir uns gegenüber sehen. Wenn ein Finanzsystem in einem Land schwächer wird, wird der Wohlstand an anderer Stelle beeinträchtigt. Wenn gewaltbereite Extremisten in einem Gebirgszug agieren, sind Menschen jenseits eines Ozeans gefährdet. Wenn eine Nation die Herstellung von Atomwaffen betreibt, steigt das Risiko eines atomaren Anschlags für alle Nationen. Wenn ein politisches oder wirtschaftliches Desaster oder eine Naturkatastrophe zuschlagen, überschreiten Flüchtlinge nationale Grenzen und involvieren Nachbarländer und sogar weit entfernte Länder.

Konzipierte seinerzeit nur ein Land den Marshall-Plan, erfordern die heutigen komplexen und globalen Herausforderungen Kooperation, Koordination und die Lastenverteilung auf viele Partner. Wir brauchen starke Partner – und nirgends treffen wir auf bessere oder engagiertere Partner als in Europa. Deutschland ist das Herzstück der Europäischen Union. Unsere transatlantischen Beziehungen und gemeinsamen Wertvorstellungen bilden den Ankerpunkt eines vereinten weltweiten Engagements. Im vergangenen Jahr konnten wir erleben, dass sich dieses Engagement in Form von langfristigen und multilateralen Lösungsstrategien auszahlt.

Vor zwölf Monaten konnte sich niemand vorstellen, dass sich die Weltwirtschaft trotz häufiger Rückschläge so schnell wiederbeleben würde. Die Finanzkrise ließ uns zu der Erkenntnis gelangen, dass unsere Regulierungssysteme unvollkommen waren, die Durchführung wurde oft lasch gehandhabt. In einigen Fällen kam es auch zu massivem Betrug. Die Herausforderung besteht jetzt darin, wirksame und langfristige Strategien sowie die Umsetzung von nachhaltigen Regulierungsmaßnahmen der Prüfung zu unterziehen, ohne jedoch Investitionen zu verhindern. Präsident Obama unterbreitete gezielte Vorschläge zu einer Finanzreform, die von den europäischen Staatsführern schnell aufgenommen wurden. Es versteht sich von selbst, dass es ohne eine Stabilisierung der internationalen Finanzmärkte keine Hoffnung auf eine Verbesserung der Lage in den Entwicklungsländern geben wird.

Der Marshall-Plan markierte den Beginn einer erfolgreichen transatlantischen Partnerschaft auf der Basis der Erkenntnis, dass Länder mehr durch Kooperation als durch Konfrontation erreichen.

Vor fünfundzwanzig Jahren dachte niemand im Traum daran, dass die Mauer, die eine Stadt, ein Land, einen Kontinent und die Welt spaltete, innerhalb weniger Jahre fallen würde; dass eine vom Glauben an die Werte von Freiheit und Demokratie beflügelte friedliche Revolution dem Kalten Krieg ein Ende setzen würde; dass viele osteuropäische Länder, die nicht vom Marshall-Plan profitieren durften, jetzt Teil der NATO und der Europäischen Union sein würden. Das Ziel aller Präsidenten seit dem Zweiten Weltkrieg, ob nun Demokraten oder Republikaner, war immer die Zusammenarbeit mit Europa, um die gemeinsame Vision eines ungeteilten, freien, blühenden und friedlichen Europas zu verwirklichen. Daran hat sich unter Präsident Barack Obama und Außenministerin Hillary Clinton nichts geändert.

Die Antwort auf die vielen neuen Herausforderungen liegt in der Weiterführung des Erbes unserer Partnerschaft, die seit der Nachkriegszeit andauert. Wir müssen Herzen und Köpfe der jüngeren Generation mit der Erkenntnis füllen, dass uns gemeinsame Werte und Ziele zueigen sind.

Regierungen können dies nicht allein bewirken. Wir sind auf die aktive Mitwirkung der Zivilgesellschaft auf breiter Basis angewiesen. Aktivitäten wie die Ihre in der George-Marshall-Gesellschaft sind ein grundlegender Bestandteil dieses Bestrebens. Ich spende Ihnen meinen Beifall und danke Ihnen für Ihr dauerhaftes Bekenntnis zur Deutsch-Amerikanischen Partnerschaft und wünsche Ihnen weiterhin Erfolg bei Ihren fortlaufenden Bemühungen.